

Bericht Nr. 6 | 21. März 2025

Auswertungen des Projekts PEPP-COV zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie

Auf und Ab: Die wechselhafte Entwicklung politischen Vertrauens in andauernden Krisenzeiten



Von Steffen Wamsler (Leibniz-Institut für Bildungsverläufe) und Gundula Zoch (Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und Leibniz-Institut für Bildungsverläufe)¹

Politisches Vertrauen ist ein essenzieller Bestandteil demokratischer Beteiligung und gesellschaftlichen Zusammenhalts. Krisensituationen wie Kriege, Terroranschläge oder das plötzliche Auftreten von Infektionskrankheiten verändern jedoch häufig das Vertrauen der Bevölkerung in politische Akteure und Institutionen. Kurzfristig erhöhen gerade äußere Gefahren meist das politische Vertrauen – der sogenannte *rally-around-the-flag*-Effekt. Mit zunehmender Dauer einer Krise, insbesondere bei negativen wirtschaftlichen Auswirkungen, sinkt das Vertrauen jedoch meist auch wieder und erholt sich in der Folge nur langsam.

Mit Hilfe von Längsschnittdaten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) untersucht das Projekt „Politische Einstellungen und politische Partizipation in Folge der Covid-19-Pandemie“ (PEPP-COV) die mittel- und langfristigen Veränderungen des politischen Vertrauens über den gesamten Krisenverlauf in Deutschland. Erstmals kann auf Basis

von Wiederholungsbefragungen für Deutschland verglichen werden, wie sich das politische Vertrauen der NEPS-Befragten durch die Krise verändert hat. Für die Erklärung der beobachteten Vertrauensveränderungen werden zahlreiche Faktoren berücksichtigt, wie etwa die lokale Covid-19-Inzidenz, Restriktionen zum Infektionsschutz sowie Veränderungen des Berufs- und Familienlebens.

Politisches Vertrauen ist ein zentraler Bestandteil politischer Unterstützung in einem demokratischen System (Citrin & Stoker 2018). So sind Menschen mit höherem politischem Vertrauen eher bereit, politische Entscheidungen, etwa im Rahmen des Infektionsschutzes, zu unterstützen und sich daran zu halten, was gerade im Kontext der Pandemie direkte Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung hatte (Devine et al. 2024). Darüber hinaus ist ein höheres politisches Vertrauen mit einer geringen Anfälligkeit für

¹ Unter Mitarbeit von Michel Janßen (Studentische Hilfskraft)

Verschwörungsmythen verbunden (Krouwel et al. 2017). Politisches Vertrauen umfasst dabei nicht nur das Vertrauen in die nationale Regierung und das Parlament, sondern im Rahmen eines erweiterten Vertrauensbegriffs auch das Vertrauen in die Polizei, das Bundesverfassungsgericht, die Europäische Union und in Medien, wie etwa Zeitungen, Fernsehen oder soziale Medien (siehe Marien 2011).

Die Covid-19-Pandemie in Deutschland

Die Covid-19-Pandemie zählt zu den größten Herausforderungen, mit denen die Gesellschaft und das politische System im wiedervereinigten Deutschland konfrontiert wurden. Zur Eindämmung des Infektionsgeschehens in Folge des neuartigen Virus reagierten Bundes- und Länderregierungen mit zahlreichen Maßnahmen wie Schulschließungen, Kontaktbeschränkungen bis hin zu Ausgangssperren oder Lockdowns. Viele Menschen arbeiteten im Homeoffice, während gleichzeitig Kinder versorgt und betreut werden mussten (Zoch et al. 2021).

Über die mehrjährige Pandemie hinweg variierten sowohl die Intensität des Infektionsgeschehens als auch die damit verbundenen Maßnahmen in Deutschland. Nach dem ersten Lockdown im März 2020 lag im September 2020 die Inzidenz bei unter 100 Fällen pro 100.000 Einwohnern, stieg danach jedoch stark an (→ [Abb. 1](#)). Dies führte zu einem zweiten Lockdown Mitte Januar 2021. Nachdem im Sommer 2021 die rigidesten Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus wegfielen, sorgte die Omicron-Variante im Herbst 2021 für nochmals deutlich erhöhte Fallzahlen. Um die Ausbreitung des Virus zu bremsen, wurden erneut starke Einschränkungen eingeführt, z.B. Ausgangssperren und langfristige Schließungen von Schulen und Kindertagesstätten. Trotzdem stiegen die Fallzahlen auf 4.500 Fälle pro 100.000 Einwohner an. Entsprechend kritisch wurde das Krisenmanagement der Regierung in der Bevölkerung und den Medien

debattiert und politische und zivilgesellschaftliche Proteste gegen diese Maßnahmen fanden eine breite und vielstimmige Anhängerschaft (Hunger et al. 2023). Nach einem erneuten Anstieg der Infektionen im Herbst und Winter 2022 wurden die letzten Maßnahmen schließlich im April 2023 aufgehoben.

Der Verlauf dieser Krise bildet die Grundlage für unsere Analyse, in der wir untersuchen, wie sich das Vertrauen der Bevölkerung in politische Akteure und Institutionen in den verschiedenen Phasen der Pandemie entwickelt hat.

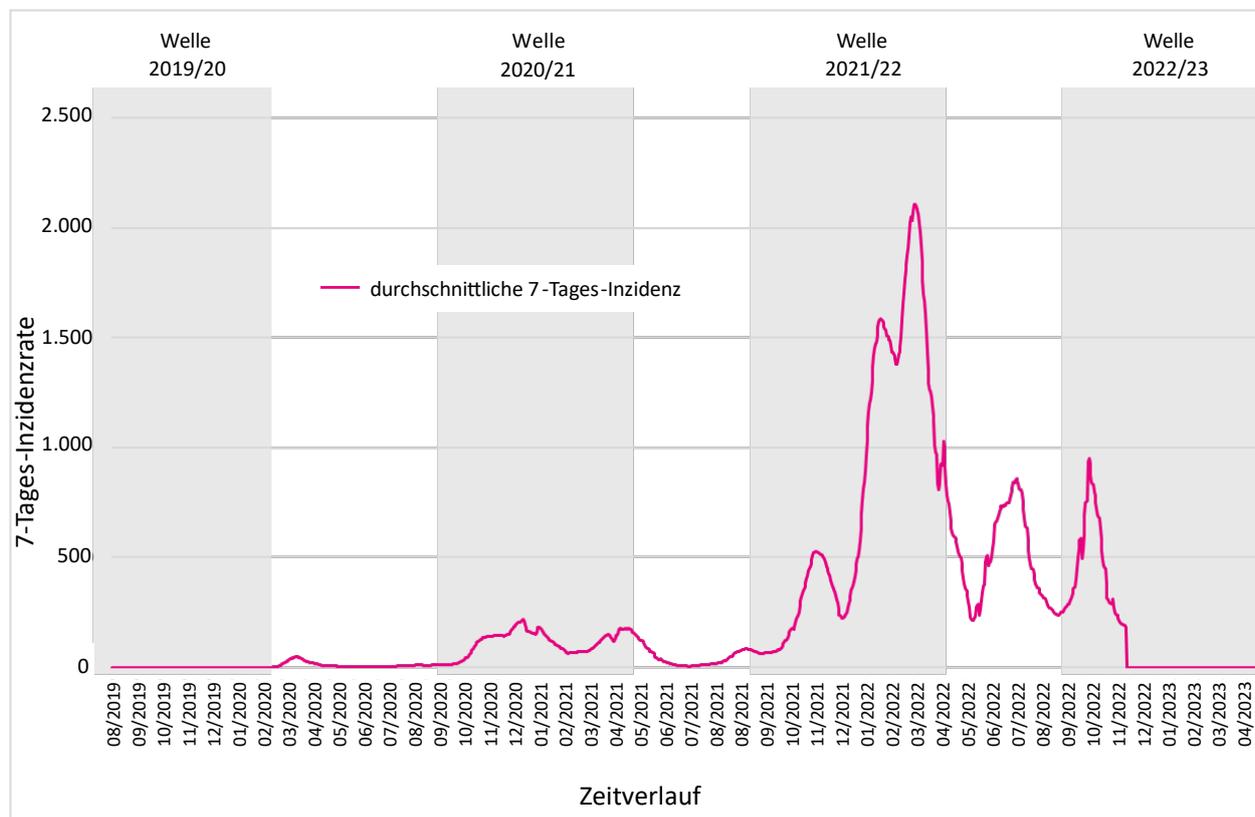
Politisches Vertrauen in Krisenzeiten

Zahlreiche Forschungsbeiträge zeigen, dass politisches Vertrauen als Folge einer äußeren Bedrohung oder einer Krise regelmäßig stark steigt, was in der Forschung als *rally-around-the-flag*-Effekt bezeichnet wird. Dieser Vertrauensanstieg resultiert für gewöhnlich aus steigendem Patriotismus und Unterstützung der Regierung durch ansonsten kritischere Stimmen in Gesellschaft und Politik (Baker & Oneal 2001; Hogg et al. 2007). Entsprechend erwarten wir, dass das politische Vertrauen in Deutschland zu Beginn der Covid-19-Pandemie zunächst stark angestiegen ist (siehe dazu Weber et al. 2023).

Forschungen zu früheren Krisen, wie etwa der Wirtschaftskrise von 2008 bis 2012, zeigen jedoch, dass anhaltende Krisensituation das politische Vertrauen in der Tendenz wieder sinken lassen. Statt einer Erhöhung des Vertrauens in die Politik kommt es häufig zu einem Vertrauensverlust, der zumeist über die Krise hinaus anhält (Dassonneville et al. 2014). Vor dem Hintergrund der fast dreijährigen Covid-19-Pandemie und der zunehmenden Belastung für die Bevölkerung im Krisenverlauf vermuten wir daher, dass sich das politische Vertrauen nach einem anfänglich starken Anstieg im Zuge der Krise deutlich verringert hat.

Abbildung 1

Durchgeführte Erhebungswellen im Nationalen Bildungspanel (graue Balken) und Verlauf der 7-Tages-Inzidenzrate (magenta), d.h. Anzahl der Corona-Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in den letzten 7 Tagen.



Hinweis: Daten zur Inzidenz liegen nur bis zum 23.11.2022 vor. Quelle: infas 360 healthcare daten platform.

HINWEISE ZU STICHPROBE UND METHODIK

Wir prüfen unsere theoretischen Erwartungen zum Verlauf des politischen Vertrauens auf der Basis der Startkohorte Erwachsene (SC6) des Nationalen Bildungspanels (NEPS), die zwischen 1944 und 1986 Geborene enthält, die bundesweit nach repräsentativen Kriterien ausgewählt wurden. Der verwendete Datensatz umfasst alle Befragungen, die politisches Vertrauen erfasst haben, also die Wellen 10 (2017/18), 12 (2019/20), 13 (2020/21), 14 (2021/22) und 15 (2022/23) (siehe Abbildung 1 zu den Befragungszeiträumen vor dem Hintergrund des Pandemiegeschehens). Für den vorliegenden Bericht wurden die Antworten von 7.008 Personen untersucht. Diese stammten aus 353 der 402 Landkreise in Deutschland. Die Befragungen fanden in der Regel zwischen September und März statt.

Das politische Vertrauen wird mit insgesamt 8 Items gemessen: Vertrauen in die nationale Regierung, das nationale Parlament, in die Polizei, das Bundesverfassungsgericht, die Europäische Union, und in Zeitungen, das Fernsehen sowie Soziale Medien. Diese werden zu 3 verschiedenen Vertrauensindizes zusammengefasst:

Vertrauen in staatliche Institutionen, Vertrauen in Medien sowie einem Gesamtindex. Mit Beginn der Covid-19-Pandemie 2020 wurden Fragen zu pandemiebedingten Stressfaktoren, Familienleben und Arbeitsbedingungen aufgenommen. Diese Daten wurden für die deskriptiven Analysen gewichtet, um möglichst verallgemeinerbare Aussagen treffen zu können.

Für den vorliegenden Bericht wurden die NEPS-Daten um administrative Daten zu tagesaktuellen Inzidenzraten und Maßnahmen zum Infektionsschutz auf Kreisebene ergänzt. Die multivariaten Ergebnisse beruhen auf linearen Regressionen mit individuellen fixed effects, welche die individuelle Veränderung des Vertrauens von Personen unter Berücksichtigung konstanter Merkmale und Lebensalter über verschiedene Messzeitpunkte vergleichen.

Weitere Informationen zur Startkohorte 6 und den NEPS-Erhebungen finden sich [hier](#).



Wie hat sich politisches Vertrauen im Durchschnitt über den Pandemieverlauf verändert?

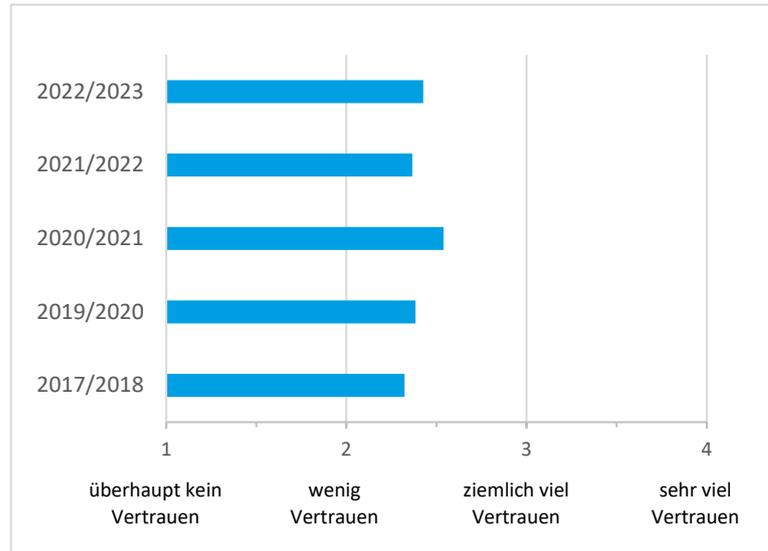
Wie → [Abbildung 2](#) zeigt, stieg das durchschnittliche Vertrauen im ersten Pandemiejahr (2020/2021) auf einer Skala von 1 (sehr wenig Vertrauen) bis 4 (sehr viel Vertrauen) von 2,37 auf 2,55 an. Da politisches Vertrauen über Zeit hinweg für gewöhnlich sehr stabil ist, gibt dieser Anstieg den erwarteten *rally-around-the-flag*-Effekt sehr gut wieder. Im zweiten Pandemiejahr hingegen sank das allgemeine Vertrauen jedoch zurück auf das Vorkrisenniveau, um im dritten Pandemiejahr wieder leicht anzusteigen.

Wie unterscheidet sich politisches Vertrauen zwischen einzelnen Institutionen und Akteuren?

Das Vertrauen der Bevölkerung in politische Institutionen und Akteure fällt sehr unterschiedlich aus. → [Abbildung 3](#) zeigt, dass Polizei und Bundesverfassungsgericht durchgehend hohes Vertrauen genießen. Deutlich weniger vertrauen die Menschen hingegen den sozialen Medien, gefolgt vom Fernsehen. Bundesregierung und Bundestag, die Europäischen Union oder die Presse bewegen sich im Mittelfeld und weisen Vertrauenswerte auf, die in etwa dem Durchschnitt entsprechen.

Abbildung 2

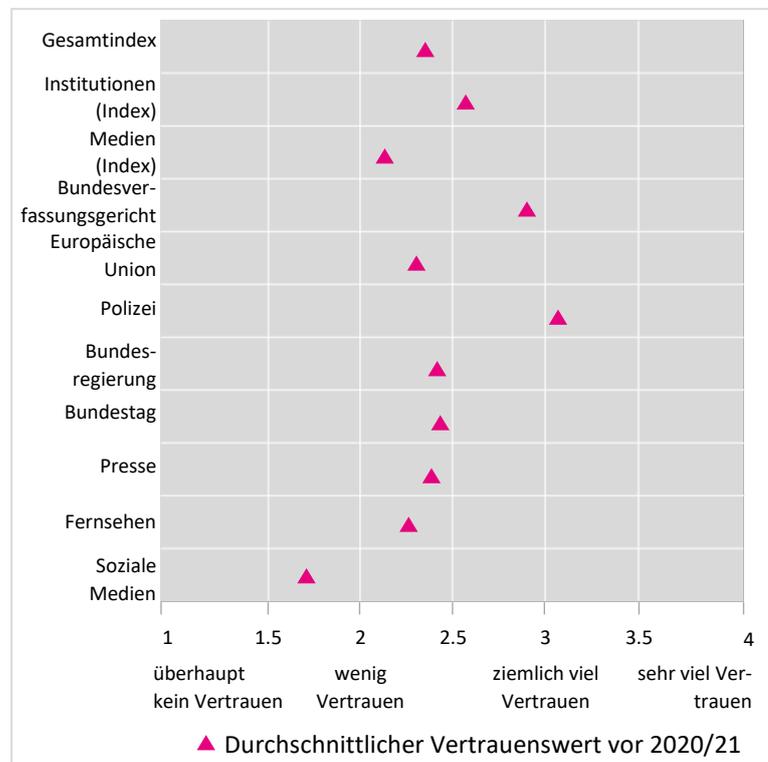
Durchschnittswerte politisches Vertrauen nach Befragungswelle.



N = 7.008.

Abbildung 3

Durchschnittliche Vertrauenswerte nach Indizes und einzelnen Items vor der Pandemie.



N = 7.008.

Wie veränderte sich das politische Vertrauen bei den Befragten zu Beginn der Pandemie?

→ **Abbildung 4** zeigt die multivariaten Befunde zur Dynamik politischen Vertrauens über den gesamten Krisenverlauf, die auch für den Einfluss anderer individueller Faktoren kontrollieren. Wie die linke Spalte zeigt, stieg das politische Vertrauen zu Beginn der Pandemie nicht für alle Institutionen und Akteure gleich stark an. Vergleicht man das Vertrauen der Befragten vor und während des ersten Krisenjahrs 2020/21, fällt auf, dass insbesondere staatliche Institutionen, wie die Bundesregierung, der Bundestag sowie das Bundesverfassungsgericht, im ersten Jahr der Pandemie deutlich an Vertrauen gewannen. Der Anstieg des Vertrauens in die Europäische Union und die verschiedenen Arten von Medien fiel hingegen moderater aus. Das Vertrauen in die Polizei blieb zu Beginn der Krise weitgehend stabil – allerdings war das Vertrauen in die Polizei bereits vor der Pandemie am höchsten.

Wie entwickelte sich das politische Vertrauen im zweiten Pandemiejahr?

Mit zunehmender Krisendauer sank das politische Vertrauen im Befragungsjahr 2021/22 für viele Institutionen und Akteure unter das Niveau von vor der Pandemie (→ **Abb. 4**, mittlere Spalte). Nur das Vertrauen in die wichtigsten politischen Institutionen, wie Bundesregierung, Bundestag und Bundesverfassungsgericht, blieb im Vergleich zur Zeit vor der Pandemie weiterhin erhöht, jedoch nicht mehr so stark wie im ersten Jahr der Krise (linke Spalte).

Institutionen, die während des Krisengeschehens unmittelbar mit dem Alltagsleben der Menschen verbunden waren, erlebten mit fortschreitender Krisendauer einen deutlichen Vertrauensverlust. Vergleicht man den Vertrauensrückgang für alle Akteure und Institutionen fällt auf: Obwohl das Vertrauen in die drei politischen Institutionen im Vergleich zur Zeit vor der Pandemie weiterhin erhöht war, verzeichneten sie den stärksten Rückgang gegenüber dem anfänglichen Vertrauens-

anstieg im ersten Jahr der Krise. Die Polizei, die während der Pandemie für die Durchsetzung der verschiedenen Maßnahmen verantwortlich war, verzeichnete ebenfalls einen sichtbaren Rückgang des Vertrauens im zweiten Pandemiejahr. Obwohl sie vor der Pandemie das höchste Vertrauen aller betrachteten Institutionen genoss, wurde sie im Verlauf der Krise vom Bundesverfassungsgericht als vertrauenswürdigste Institution abgelöst.

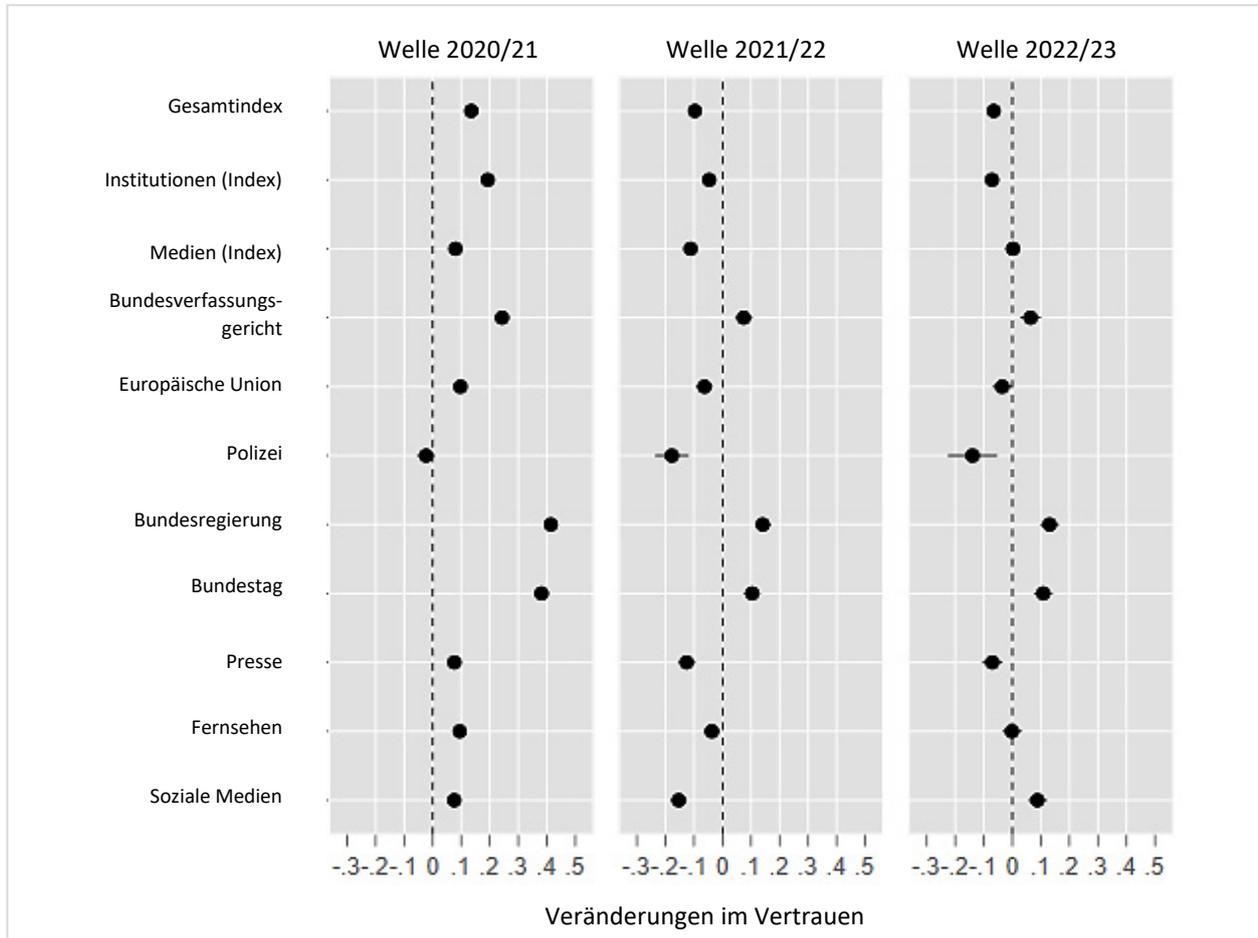
Aber auch Zeitungen, Fernsehen und soziale Medien spielten eine zentrale Rolle in der Berichterstattung über das Pandemiegeschehen und prägten maßgeblich die öffentliche Wahrnehmung – mit teils unterschiedlicher Verlässlichkeit. Das Vertrauen in diese Medien nahm im zweiten Jahr der Pandemie 2021/2022 im Vergleich zur Zeit vor der Pandemie deutlich ab. Besonders ausgeprägt war dieser Rückgang bei den sozialen Medien, die bereits vor der Pandemie das geringste Vertrauen genossen. Aber auch das Vertrauen in klassische Medien wie Fernsehen und Zeitungen ging zurück, fiel jedoch moderater aus. Insgesamt blieben Zeitungen über alle Erhebungszeiträume hinweg das vertrauenswürdigste Medium.

Wie veränderte sich das politische Vertrauen gegen Ende der Pandemie?

Im dritten Pandemiejahr (→ **Abb. 4**, rechte Spalte) können wir beobachten, dass das Vertrauen in die meisten Institutionen und Akteure wieder in Richtung des Vorkrisenniveaus zurückkehrte. Die drei Kerninstitutionen nationalstaatlicher Regierung (Bundesregierung, Bundestag und Bundesverfassungsgericht) verzeichneten jedoch weiterhin leicht erhöhte Vertrauenswerte, die aber deutlich geringer sind als zu Beginn der Pandemie, was auf einen kleinen Rest des anfänglichen *rally-around-the-flag*-Effektes schließen lässt. Im Gegensatz dazu zeigen die multivariaten Ergebnisse, dass das Vertrauen in die Polizei auf einem deutlich niedrigeren Niveau als vor der Krise verharrt.

Abbildung 4

Veränderungen im politischen Vertrauen im Vergleich zum Durchschnitt vor der Pandemie (gestrichelte Linie).



N = 7.008. Lesehilfe Beispiel Polizei: Das Vertrauen in die Polizei war 2020/21 ähnlich groß, wie im Durchschnitt der Erhebungen vor Corona (2017/18 und 2019/20 = gestrichelte Linie). Ein Jahr später sank das Vertrauen im Durchschnitt um 0,2 Punkte, und lag auch 2022/23 noch deutlich unter dem Ausgangswert.

Im Gegensatz dazu stieg das zuvor stark gesunkene Medienvertrauen wieder leicht an, was auf besonders ausgeprägte Vertrauensanstiege in die sozialen Medien zurückzuführen ist. Die klassischen Printmedien blieben jedoch weiter unter Vorkrisenniveau. Damit lässt sich schlussfolgern, dass der Krisenverlauf auch eine zeitweise Krise des Medienvertrauens darstellte, die für klassische Zeitungen auch anhält, während soziale Medien ihren deutlichen Vertrauensverlust 2021/22 deutlich kompensieren konnten und gegen Ende der Krise mehr Vertrauen genossen als zum Beginn.

Welche Faktoren erklären die Veränderung des politischen Vertrauens?

Veränderungen im politischen Vertrauen können auf eine Vielzahl von möglichen Faktoren im Leben weiter Teile der Bevölkerung zurückgehen. Entsprechend wird im zweiten Schritt untersucht, welche Rolle lokale Inzidenzen und Maßnahmen des Infektionsschutzes aber auch Veränderungen im Familien- und Berufsleben der Befragten für die beobachteten Einstellungsveränderungen spielen. Die Ergebnisse der multivariaten Regressionsmodelle zeigen, dass Befragte aus Kreisen mit stark steigenden Inzidenzraten aufgrund der größeren Bedrohungslage im ersten Jahr der Pandemie stärkere Vertrauensanstiege aufwiesen als Personen in

Kreisen mit geringeren Fallzahlen (ohne Abbildung). War diese lokale Inzidenz auf Kreisebene jedoch gleichzeitig höher als im Bundesdurchschnitt, so verringerte sich dieser Anstieg deutlich. Auch langanhaltende Kontaktbeschränkungen gingen im ersten Jahr der Krise mit einem Rückgang des politischen Vertrauens einher, gleichwohl zeigten nur strikte Ausgangsverbote einen statistisch relevanten Einfluss für ein geringeres Vertrauen. Obwohl diese Zusammenhänge statistisch signifikant sind, zeigen die Daten, dass weder die Inzidenzraten noch die Maßnahmen des Infektionsschutzes für den starken Anstieg des politischen Vertrauens selbst im ersten Jahr der Pandemie verantwortlich sind. Im zweiten Pandemiejahr gehen höhere Inzidenzraten und längere Restriktionen sogar mit durchschnittlich sinkendem politischem Vertrauen einher.

Aus theoretischer Perspektive könnten jedoch nicht nur Inzidenzen und damit verbundene Maßnahmen des Infektionsschutzes, sondern auch persönliche Faktoren die Veränderung im politischen Vertrauen bedingen. Gleichwohl zeigen die Daten, dass Veränderungen im objektiven Arbeits- und Familienleben, wie etwa im Arbeitsverhältnis, den Arbeitsstunden, dem Haushaltseinkommen oder den Arbeitsbedingungen (z.B. Arbeit im Homeoffice oder in Kurzarbeit) das politische Vertrauen nicht wesentlich beeinflusst haben. Dies gilt sowohl für den Anstieg als auch den Vertrauensverlust. Damit zeigen die Daten deutlich, dass individuelle Vertrauensveränderungen nicht durch diese Faktoren, aber auch nicht wesentlich durch Gesundheitszustand oder subjektives Wohlbefinden beeinflusst wurden. Dies stärkt die Ausgangsvermutung, dass der Dynamik politischen Vertrauens über den Pandemieverlauf ein *rally-around-the-flag*-Effekt als Reaktion auf die Bedrohungslage zugrunde liegt.

Fazit

Die bisher unbekannte Krisensituation der Covid-19-Pandemie hat das alltägliche Leben der Bevölkerung und den politischen Entscheidungsprozess für einen beträchtlichen Zeitraum stark verändert.

Maßnahmen wie Kontaktbeschränkungen, die Maskenpflicht oder Schulschließungen wurden von der Politik eingeführt, um die Gesundheit der Bürger:innen zu schützen. Die beschriebenen Ergebnisse auf Basis von NEPS-Daten zeigen, dass die Bürger:innen den politischen Entscheidungsträgern vor allem zu Beginn der Pandemie ein erhöhtes Vertrauen schenkten. Das erhöhte Vertrauen gegenüber politischen Institutionen geht dabei hauptsächlich auf die Regierung und das Parlament zurück. Den Institutionen, die weniger stark am Krisenmanagement beteiligt waren, wurde nur geringfügig mehr vertraut.

» Kurzfristig erhöhen gerade äußere Gefahren meist das politische Vertrauen – der sogenannte *rally-around-the-flag*-Effekt. Mit zunehmender Dauer einer Krise, insbesondere bei negativen wirtschaftlichen Auswirkungen, sinkt das Vertrauen jedoch meist auch wieder und erholt sich in der Folge nur langsam. «

Die Daten zeigen erstmals auch, dass mit Fortschreiten der Pandemie das Vertrauen in die Politik wieder zurückging. Bemerkenswert sind Unterschiede im Rückgang zwischen zentralen, nationalstaatlichen Akteuren und anderen Vertrauensobjekten. Bei der Regierung und dem Parlament waren die Vertrauenswerte zunächst im Rahmen des *rally-around-the-flag*-Effekts deutlich größer als vor der Krise, diese sanken jedoch gegen Ende der Pandemie deutlich auf das Ausgangsniveau. Dagegen kam es zeitweilig zu stärkeren Vertrauensverlusten in Polizei und Medien, die aber gegen Krisenende wieder fast vollständig verschwanden.

Weiterhin zeigen die Ergebnisse, dass regionale Unterschiede in Inzidenzraten und Maßnahmen zum Infektionsschutz kaum zur Erklärung der Veränderung des politischen Vertrauens beitragen. Lediglich im zweiten Pandemiejahr zeigt sich ein negativer Einfluss der politischen Maßnahmen des Infektionsschutzes, insbesondere Kontaktrestriktionen und Schulschließungen – nicht aber der

Inzidenzen an sich. So könnten Bürger:innen die Bedrohung im zweiten Jahr als weniger stark wahrgenommen haben, da die Inzidenzraten in diesem Zeitraum allgemein stark gestiegen sind. Weitere Untersuchungen müssen diese Zusammenhänge detaillierter prüfen und um weitere Beobachtungszeiträume ergänzen. Darüber hinaus erscheint es sinnvoll, Unterschiede zwischen sozialen Gruppen genauer in den Blick zu nehmen.

Insgesamt zeigen die vorliegenden Befunde erstmals auf Basis von Längsschnittdaten den weitreichenden Einfluss der Pandemie auf das politische Vertrauen. Insbesondere vor dem Hintergrund der

komplexen Dynamiken einer andauernden Polykrise ist ein tieferes Verständnis für diese Prozesse von elementarer Bedeutung für eine demokratische Gesellschaft. Zum einen kann eine langfristige Erosion des politischen Vertrauens das Funktionieren einer Regierung massiv beeinträchtigen, etwa wenn die Legitimität ihrer Entscheidungen oder gar der Wahl selbst bezweifelt werden. Zum anderen ist ein Mangel an politischem Vertrauen ein wesentlicher Auslöser für die Verbreitung von Verschwörungserzählungen, die nicht nur das politische System, sondern auch das Zusammenleben in der Gesellschaft insgesamt entscheidend beschädigen können.

Literatur

Baker, William D., and John R. Oneal (2001). Patriotism or Opinion Leadership?: The Nature and Origins of the 'Rally 'Round the Flag' Effect. *Journal of Conflict Resolution*, 45(5): 661–87. <https://doi.org/10.1177/0022002701045005006>.

Citrin, Jack, and Laura Stokerm (2018). Political Trust in a Cynical Age. *Annual Review of Political Science*, 21(1): 49–70. <https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-050316-092550>.

Dassonneville, Ruth, and Michael S Lewis-Beck (2014). Macroeconomics, Economic Crisis and Electoral Outcomes: A National European Pool. *Acta Politica*, 49(4): 372–94. <https://doi.org/10.1057/ap.2014.12>.

Devine, Daniel, Viktor Valgarðsson, Jessica Smith, Will Jennings, Michele Scotto Di Vettimo, Hannah Bunting, and Lawrence McKay (2024). Political Trust in the First Year of the COVID-19 Pandemic: A Meta-Analysis of 67 Studies. *Journal of European Public Policy*, 31(3): 657–79. <https://doi.org/10.1080/13501763.2023.2169741>.

Hogg, Michael A., David K. Sherman, Joel Dierselhuis, Angela T. Maitner, and Graham Moffitt (2007). Uncertainty, Entitativity, and Group Identification. *Journal of Experimental Social Psychology*, 43(1): 135–42. <https://doi.org/10.1016/j.jesp.2005.12.008>.

Hunger, Sophia, Swen Hutter, and Eylem Kanol (2023). The Mobilisation Potential of Anti-Containment Protests in Germany. *West European Politics*, 46(4): 812–40. <https://doi.org/10.1080/01402382.2023.2166728>.

Krouwel, Andre, Yordan Kutiyski, Jan-Willem van Prooijen, Johan Martinsson, and Elias Markstedt (2017). Does Extreme Political Ideology Predict Conspiracy Beliefs, Economic Evaluations and Political Trust? Evidence from Sweden. *Journal of Social and Political Psychology*, 5(2): 435–62. <https://doi.org/10.5964/jspp.v5i2.745>.

Weitere Informationen



Zoch, G., & Wamsler, S. (2024). From rally to reality: unveiling long-term dynamics in political trust over two years of COVID-19 in Germany. *Political Research Exchange*, 6, Article 2403438. <https://doi.org/10.1080/2474736X.2024.2403438>

Marien, Sofie (2011). Measuring Political Trust across Time and Space. In *Political Trust: Why Context Matters*, edited by S. Zmerli and M. Hooghe, 13–46. Colchester: ECPR Press.

Weber, Florian, Raffaella Gentile, Hanna Reichelt, Andreas Horr, Tatjana Taraszow, and Angelina Springer (2023). Differences in Political Trust between Migrants and Non-Migrants in Pandemic Times. *Soziale Welt*, 74,(1): 146–69. <https://doi.org/10.5771/0038-6073-2023-1-146>.

Zoch, Gundula, Ann-Christin Bächmann, and Basha Vicari (2021). Who Cares When Care Closes? Care-Arrangements and Parental Working Conditions during the COVID-19 Pandemic in Germany. *European Societies*, 23(sup1): 576–88. <https://doi.org/10.1080/14616696.2020.1832700>.

IMPRESSUM | KONTAKT

LifBi *Forschung kompakt* | Bericht Nr. 6
21. März 2025

Leibniz-Institut für Bildungsverläufe
Wilhelmsplatz 3
96047 Bamberg

Kontakt für Presseanfragen
kommunikation@lifbi.de
Telefon: +49 (0) 951 / 700 60 400

DOI: [10.5157/LifBi:Bericht:06:PEPP-COV:1.0](https://doi.org/10.5157/LifBi:Bericht:06:PEPP-COV:1.0)

Weitere Ausgaben finden Sie unter
www.lifbi.de/Transferberichte